



TAG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS

Ansprache von Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident, anlässlich des Festaktes zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Büllingen, 16. November 2007

Anrede,

nach Bütgenbach in 2005 und Lontzen in 2006 empfängt in diesem Jahr die Gemeinde Büllingen die ostbelgische Veranstaltung zum Festtag der DG.

Vor drei Jahren haben Parlament und Regierung nach reiflicher Überlegung den Beschluss gefasst, die Festtagsveranstaltung in Ostbelgien je nach Fall am Freitag vor oder nach dem 15. November in jeweils einer anderen Gemeinde des deutschen Sprachgebietes abzuhalten und am 15. November selbst, am Tag des Königs, den wir 1990 ganz bewusst auch als Festtag der DG bestimmt haben, zwischen dem Te Deum in der Sankt Gudule Kathedrale und dem Festakt im belgischen Parlament die inländischen Verantwortungsträger sowie die ausländischen Partner der DG in unserer Brüsseler Vertretung zu einem Empfang einzuladen.

Diese Formel hat sich bewährt und sie wird auch in den kommenden Jahren fortgesetzt.

Es entspricht dem Selbstverständnis der DG, auch und gerade an ihrem Festtag die enge Verbindung mit den Gemeinden hervorzuheben.

Gemeinschaft und Gemeinden sind gemeinsam für die Zukunft der deutschsprachigen Belgier verantwortlich.

Ihre enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit ist der beste Garant für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen unserer Heimat.

Das ist das eine Standbein unserer Politikgestaltung.

Das andere ist jedoch ebenso wichtig.

Ohne harmonische Einbindung in innerbelgische und europäische Netzwerke, ohne enge, verlässliche und vertrauensvolle Beziehungen zu ihren Partnern auf dem Brüsseler Parkett der belgischen und europäischen Politik wäre die DG erheblich in ihren Handlungs- und Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt und von vielen für sie wichtigen, ja lebenswichtigen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.

Die gestrige Veranstaltung in unserer Brüsseler Vertretung hat dies erneut in beeindruckender Weise deutlich gemacht.

Wir müssen uns schon einiges einfallen lassen, wenn wir in Brüssel zur Kenntnis genommen werden und Gehör finden wollen.

Von ganz besonderer Bedeutung ist dies gerade in der jetzigen Situation, wo unser Land ganz offensichtlich in einer tiefen Krise steckt, wo es um die zukünftigen Voraussetzungen für das harmonische Zusammenleben der belgischen Gemeinschaften und Regionen geht, wo der Graben zwischen den beiden großen Sprachgemeinschaften immer tiefer aufzureißen droht und wo nicht wenige unserer Landsleute – und mit Sicherheit auch die überwiegende Mehrheit der hier Anwesenden – ein mulmiges Gefühl bei dem Gedanken beschleicht, dass Flamen und Wallonen die Scheidung einreichen und sich trennen könnten.

Dieses Unbehagen wirft bei manchen Mitbürgerinnen und Mitbürger die Frage auf, wie es in einem solchen Fall um die Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestellt wäre. Ich habe gestern in Brüssel unsere Sorgen und unsere besondere Lage in ein Bild zu kleiden versucht.

Wir Deutschsprachigen sind die Minderheit, die Nachkömmlinge in diesem Lande und gehören erst seit 87 Jahren zu Belgien.

Wir sind auch nicht diejenigen, die bei der Oper, die derzeit in mehreren Akten stattfindet, für sich die Rolle des Komponisten oder gar des Dirigenten in Anspruch nehmen können.

Erst recht spielen wir nicht die erste Geige.

Nein, wir sind da eher beobachtend tätig und können uns hin und wieder einbringen, was dann bei den großen Protagonisten die Reaktion hervorruft „Ah ja, die Deutschsprachigen gibt es ja auch noch...“

Das ist – wenn man das Bild der Oper nimmt – dem Schicksal des Triangelspielers ähnlich, der nur hin und wieder mal in den Orchestergraben kommt und dann zum richtigen Zeitpunkt sein Triangel anklopft, um dann wieder hinter die Kulissen zu verschwinden.

Das fällt kaum auf, wenn alles klappt.

Aber fürchterlich ist der Effekt, wenn der Triangelspieler zum falschen Zeitpunkt auf sein Instrument klopft.

Dann ist der ganze Auftritt im Eimer!

Panikmache und übertriebener Pessimismus sind in der augenblicklichen Situation jedoch fehl am Platze.

Es gibt keine realistische und wirklich vorteilhafte Alternative zum Fortbestand des belgischen Bundesstaates – für keinen der Kontrahenten.

Und schon gar nicht für die DG.

Die Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt im Föderalstaat Belgien, der diese Krise – wenn auch ganz gewiss mit einem veränderten Gesicht – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit überleben wird.

Eines steht zum jetzigen Zeitpunkt fest:

Genauso wenig wie die Deutschsprachige Gemeinschaft im Konzert der Regionen und Gemeinschaften die erste Geige spielt, genauso wenig werden sich die föderalen Unterhändler von sich aus spontan nach den Befindlichkeiten und Wünschen der Deutschsprachigen erkundigen oder gar nach ihnen richten.

Daher gilt es, im entscheidenden Moment die DG-Forderungen auf den Tisch zu legen und diesen in größtmöglicher Einstimmigkeit Gehör zu verschaffen.

Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle unsere wichtigsten Forderungen nochmals deutlich in Erinnerung rufen.

Wir wollen ein definitiver Bestandteil des belgischen Bundesstaates bleiben, eine Gemeinschaft/Region, die neben ihren bisherigen gemeinschaftlichen und regionalen

Zuständigkeiten noch weitere Befugnisse im Bereich der untergeordneten Behörden, des Wohnungsbaus und der Raumordnung eigenständig ausübt.

Außerdem wollen wir unsere gesetzlich garantierte Vertretung im Europaparlament behalten, eine solche in der Abgeordnetenversammlung erreichen und bei der etwaigen Umgestaltung des Senats gebührend berücksichtigt werden.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hofft, dass es möglichst bald zur Bildung einer neuen Föderalregierung kommt und diese ihre Amtsgeschäfte aufnehmen wird.

Denn auch wenn die schleppenden Regierungsverhandlungen noch keinerlei negativen Einfluss auf die Arbeit in Eupen nehmen, ist es aufgrund der vielfältigen Kooperationen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Föderalstaat dennoch wichtig, auf einen handlungsfähigen Partner in Brüssel zählen zu dürfen.

Werte Festversammlung,

34 Jahre ist es nun her, dass der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft eingesetzt und den Deutschsprachigen in Belgien eine damals noch begrenzte Autonomie zuerkannt wurde.

Seit 24 Jahren verfügt die Deutschsprachige Gemeinschaft über Gesetzgebungshoheit und mit der Regierung über ein eigenes Exekutivorgan.

Standen die Anfangsjahre noch eher im Zeichen der Kontinuität, alt hergebrachter Verwaltungsmuster, so lernten die politisch Verantwortlichen recht schnell, auf eigenen Füßen zu stehen.

Sie lernten, eigene, an die realen Bedürfnisse der Menschen angepasste Konzeptideen zu entwerfen und umzusetzen.

Aus dem anfänglichen Verwalten entwickelte sich im Laufe der Jahre mehr und mehr ein kreatives Gestalten.

Die Autonomie wurde nach und nach mit Leben erfüllt und manch origineller Politikansatz konnte entwickelt werden.

Die online vernetzten Bibliotheken und Schulmediotheken, die Dienstleistungen im Bereich der Senioren-, Familien und Behindertenbetreuung, der Aufbau einer Verbraucherschutzzentrale, die Schaffung eines Bürgerfernsehens, die Neugestaltung der Schullandschaft oder aber die Reform bei der Besoldung des Unterrichtspersonals mit der drastischen Reduzierung der

Gehaltsbaremen, die ab 2008 geltende Gemeindewegedotation sind nur einige Beispiele, die deutlich machen, dass mit hierzulande entwickelten Konzepten und maßgeschneiderten Initiativen mitunter absolutes Neuland betreten wurde.

Die Autonomie hat den Menschen zwischen Kelmis und Ouren zweifellos einen echten Mehrwert erbracht.

Diese Autonomie gilt es in den kommenden Jahren weiter zu festigen und da, wo nötig und sinnvoll, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger konsequent weiter auszubauen.

Über den Inhalt der diesbezüglichen Forderungen erzielten die ostbelgischen Parteien beim Aschermittwochstreffen vom 21. Februar 2007 eine Einigung.

Eine der zentralen Forderungen ist die Übertragung der Verantwortung für die Raumordnung und den Wohnungsbau von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Die Ausübung dieser regionalen Befugnis würde der Deutschsprachigen Gemeinschaft völlig neue Handlungsperspektiven eröffnen und es ihr erlauben, eigene innovative Wege in der Politikgestaltung zu beschreiten.

Dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in der Lage wäre, ein ebenso wichtiges wie umfangreiches Kompetenzpaket zu stemmen, hat sie in der Vergangenheit schon mehrfach bewiesen.

Erinnern darf ich in diesem Zusammenhang an die Übernahme des Unterrichtswesens und an die Kompetenzübertragungen in Sachen Beschäftigung und Gemeindeaufsicht.

Eine Übertragung der Raumordnung würde sich mit Sicherheit positiv auf die Bearbeitung von Bau- und Betriebsgenehmigungen, die Steigerung der Energieeffizienz oder aber die Erschließung neuer Gewerbegebiete auswirken.

Und stellen Sie sich bitte nur einen Moment lang vor, die Zuständigkeit für die Zuerkennung einer Globalgenehmigung für die Firma Mekar läge bei der Deutschsprachigen Gemeinschaft!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Deutschsprachige Gemeinschaft befindet sich auf einem guten Weg.

In den vergangenen Jahren konnten die finanzpolitischen Weichen für eine gesicherte Zukunft gestellt werden.

Es gelang der Gemeinschaft, sich aus dem Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts entstandenen finanziellen Würgegriff zu lösen.

Der damalige Investitionsstau konnte dank der Refinanzierung von 2000 und 2001 schrittweise abgearbeitet und ein ambitionierter Infrastrukturplan mit rund 1400 Einzelprojekten seit Anfang dieses Jahrtausends verwirklicht werden.

225 Millionen Euro flossen und fließen als Zuschuss bis zum Ende dieser Legislaturperiode in den Ausbau und den Unterhalt von Infrastrukturen.

Dies entspricht einem Bauvolumen von 300 Millionen Euro, wovon 31% den Schulbau, 22% das Sozialwesen, 21% die Kultur und 15% die Gemeinschaftsinfrastruktur betreffen.

In naher Zukunft werden – um nur diese beiden Beispiele zu nennen – sämtliche Schulbauprojekte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verwirklicht worden sein und unsere Krankenhäuser den modernsten Ansprüchen genügen.

Die DG ist für die Herausforderung der Zukunft gerüstet.

Neben neuen finanziellen Handlungsspielräumen verfügt sie mittlerweile auch über eine zukunftstüchtige Entwicklungsstrategie.

In ihrer Erklärung zu Beginn der laufenden Sitzungsperiode hat die Regierung im September dieses Jahres „Wege in die Zukunft“ aufgezeigt und 16 inhaltliche Baustellen ausgewiesen, dank derer

- die Qualität der Kulturarbeit gesteigert;
- der Zugang zu Bildung und Kultur verbessert;
- der Veralterung der Bevölkerung effizient begegnet;
- die soziale Ausgrenzung bekämpft;
- das lebensbegleitende Lernen gefördert;
- die Grundfertigkeiten unserer Schüler verbessert;
- durch Beschäftigung verstärkt integriert;
- die Qualität der Lehreraus- und Fortbildung gesteigert;
- das Lebensumfeld der Menschen attraktiv gestaltet;

- in die regionale Kreislaufwirtschaft eingestiegen und nicht zuletzt die Wirtschaft gestärkt werden können.

Diese Wegstrecke möchte die Regierung nicht alleine zurücklegen.

Eine erfolgreiche, glaubwürdige und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Politik lässt sich nicht aus dem Elfenbeinturm heraus gestalten.

Ein ehrlicher, kritischer und konstruktiver Dialog bildet die Grundvoraussetzung für zukunftsorientiertes Handeln.

Darum schätzt sich die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft glücklich, dass weit mehr als 500 Mitbürger das Gesprächsangebot im Rahmen der zwischen Mai und Anfang Juli dieses Jahres durchgeführten Besuchsrunde durch die neun deutschsprachigen Gemeinden angenommen haben.

Und darum hofft sie auch in den kommenden Monaten und Jahren auf möglichst viele Männer und Frauen als Wegbegleiter.

Unsere Gemeinschaft bietet jedem, der dies möchte unzählige Möglichkeiten

zum mitdiskutieren,

mitmachen und

mitgestalten.

Unsere Gemeinschaft ist eine Mitmachgemeinschaft.

Lassen Sie sich begeistern.

MACHEN SIE MIT!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!